


[← zurück](#)

Leitartikel

Der Wahn der Macht

VON MATTHIAS THIEME

Matthias Thieme (Bild:  Boeckheler)

Wer noch Steuern zahlt, ist offenbar nicht reich genug. Wer reich genug ist, wird mit Hilfe der Politik geschont. Steuerfahnder, die diese Abmachung stören, werden kurzerhand vom Psychiater für verrückt erklärt. Das sind keine Nachrichten aus Unrechtsstaaten am Ende der Welt, das sind hessische Verhältnisse.

Idealerweise folgt in demokratischen Gesellschaften auf den Skandal die Sanktion der Verantwortlichen. Nicht so in Hessen. Dabei ist das Manöver für jedermann sichtbar aufgefliegen: Jahrelang hat Finanzminister Karlheinz

Weimar der Öffentlichkeit vorgaukeln wollen, man habe es bei den geschassten Steuerfahndern mit Querulanten zu tun. Mit Spinnern im Ruhestand.

Jetzt, da das Trugbild dank eines Gerichtsurteils zusammenbricht: dürre Rechtfertigungen statt Suche nach Verantwortung und Verantwortlichen. Fragt der Minister, wie die Betroffenen und ihre Familien diese Diffamierungen überlebt haben? Erschrickt er über die Mobbing-Aktionen seiner Verwaltung? Nichts von dem ist erkennbar. Die kalten Erklärungen des Ministers sind entlarvend. Hier spricht der Wahn der Macht, die für keinen Zweifel, keine Korrektur mehr erreichbar ist.

Um die politischen Abgründe der Steuerfahnder-Affäre zu begreifen, muss man deutlich machen, wen das Land Hessen hier für unheilbar psychisch krank erklären wollte: Die Steuerfahnder gehörten zum hoch erfolgreichen Banken-Team im Finanzamt Frankfurt. Sie haben für den Staat riesige Summen an hinterzogenen Steuern zurückgeholt. Allein im Jahr 2001 waren es eine Milliarde Mark für den Bund und 250 Millionen für Hessen. Sie haben spektakuläre Verfahren gegen Deutsche Bank, Commerzbank und deren vermögende Kundschaft eingeleitet. Es geht um Beamte, die umsetzten, was seit der Krise heute wieder stärker gefordert wird: Banken effektiv kontrollieren, Steuerflucht von Superreichen verhindern, illegal abgezweigtes Geld für die Gemeinschaft zurückholen.

Mehr zu diesem Fall



Verfolgen Sie die Recherchen von FR-Redakteur Matthias Thieme im **Dossier zur Steuerfahnder-Affäre**.

Die Fahnder hatten einflussreiche Feinde. Ein Commerzbank-Vorstand drohte unverhohlen, er werde sich auf höchster politischer Ebene beschweren; hatten die Fahnder doch aus seiner Sicht die Frechheit besessen, auch Büros der Vorstände zu durchsuchen. Was für ein Zufall, dass ausgerechnet diese Beamten zu Verrückten gemacht werden sollten, die der Hochfinanz gewaltige Probleme bereitet haben und zudem noch im CDU-Schwarzgeld-Skandal ermittelten.

Die Öffentlichkeit misstraut den fadenscheinigen Erklärungen des Finanzministers zu Recht. Tatsache ist: Den Fahndern wurde es nach ihren spektakulären Erfolgen durch eine Amtsverfügung faktisch unmöglich gemacht, große Steuerhinterziehung zu verfolgen; brisante Fälle wurden ihnen ohne Begründung entzogen. Alle Beamten, die dagegen aufbegehrten, wurden versetzt, gemobbt und einige Hartnäckige schließlich mit Gutachten des Psychiaters Thomas H. als lebenslang dienstunfähig abgestempelt; "keine Nachuntersuchung erforderlich". 191 Fälle von Steuerhinterziehung von Kunden der Deutschen Bank via Liechtenstein, bei denen pro Fall Millionenbeträge zu erwarten waren, brachten danach im Durchschnitt nur noch 208 Euro ein. Das ist die offizielle Zahl des Finanzministers Weimar.

Warum sollten hessische Bürger bis auf den letzten Cent ihre Steuern bezahlen, wenn die Verwaltung gleichzeitig ihre Fahnder abstrafte, die ein Vielfaches davon bei sehr Vermögenden holen? Vier ehemalige Top-Fahnder wurden zu Unrecht für psychisch krank erklärt - das hat das ärztliche Berufsgericht jüngst

zweifelsfrei festgestellt.

Wenn man in dieser Affäre nach einem Strippenzieher sucht, drängt ein Name in den Vordergrund: Mario Vittoria, Präsident der Oberfinanzdirektion Frankfurt. Vittoria kannte jeden Schritt in diesem unwürdigen Spiel. Als Mittler zwischen Finanzamt und Ministerium ist er direkt verantwortlich für die skandalösen Vorgänge. Er hat der Legitimität der ganzen Finanzverwaltung großen Schaden zugefügt. Er ist untragbar geworden.

Doch in Hessen geht Aufklärung anders: Nun versorgt der Oberfinanzpräsident als Organisator der Affäre den Finanzminister mit Informationen über die Affäre, und Karlheinz Weimar verliert diese im Landtag. Das ist verrückt, im Wortsinn. Die hessischen Steuerzahler sollte sich das nicht bieten lassen. Sie sollten nach diesen gravierenden Verstößen auch personelle Konsequenzen einfordern.

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[document info]
Copyright © FR-online.de 2009
Dokument erstellt am 23.11.2009 um 17:13:02 Uhr
Letzte Änderung am 24.11.2009 um 09:11:20 Uhr
Erscheinungsdatum 23.11.2009 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/?em_cnt=2099209&em_loc=1775